



**4** Dezember 2011

# Roter Turm

[www.spd-ravensburg.de](http://www.spd-ravensburg.de)

**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**

alle Jahre wieder will uns die Adventszeit aus dem lauten Alltag zurückholen und auf das Weihnachtsfest einstimmen. Adventszeit und Weihnachten ist für viele schönste Zeit des Jahres.

Es ist aber auch die Zeit, in welcher man zurückblickt auf das zu Ende gehende Jahr. Ich wünsche Ihnen dabei, dass die schönen Momente überwiegen und Ihr persönlicher Jahresrückblick positiv ausfällt.

Ich bedanke mich bei allen, die mit uns im Dialog waren und freue mich auf den regen Austausch im kommenden Jahr. Ein herzliches Dankeschön den Vorstandsmitgliedern und der Gemeinderatsfraktion für ihr Engagement, verbunden mit dem Wunsch diese enge und fruchtbare Zusammenarbeit im neuen Jahr 2012 fortzusetzen zu können.

Die Ravensburger SPD wünscht Ihnen und



Ihrer Familie, Ihre Freunden und Bekannten ein paar besinnliche Advents- und Weihnachtsfeiertage, sowie viele schöne gemeinsame Stunden.

Für das kommende Jahr 2012 wünschen wir Ihnen beste Gesundheit, Glück und Erfolg im Berufsleben, sowie viel Kraft für den Alltag, aber auch ausreichend Zeit, für die angenehmen Dinge im Leben.

Fröhliche und besinnliche Feiertage und kommen Sie gut ins neue Jahr

Felix Rückgauer, Ortsvereinsvorsitzender

## Jusos diskutieren Grundwerte

Der Kreisverband der Jusos hat am 3. Dezember 2011 ein Grundlagenseminar in Oberzell veranstaltet. Die eingeladenen Referenten Frederick Brütting, Landesvorsitzender der Jusos BW und Landesgeschäftsführer Christian Eheim hatten aus zwingendem Grund kurzfristig absagen müssen. Deshalb stand der Vortrag von Hannes Munzinger mit dem Titel „Die Grundwerte der Sozialdemokratie und ihre drängendsten Fragen“ im Mittelpunkt des Seminars.

In einer Mischung aus abstrakter polit-philosophischer Betrachtung und konkreten Beispielen entstanden Lebhafte Diskussionen: Wie ist der Wert Solidarität im Kontext des Libyen-Einsatzes zu interpretieren? Wie ist die Freiheit der Andersdenkenden mit einem NPD-Verbot in Verbindung zu bringen?



Die Veranstaltung sollte weniger Fragen beantworten, als Fragen aufwerfen.

Des Weiteren beschloss der SPD-Nachwuchs einen Antrag zu dem von der Landesregierung geplanten Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte. Bereits am Morgen hatten die Jusos auf dem Marienplatz schokoladige Weihnachtsgrüße verteilt und für diese Aktion außerhalb des Wahlkampfes durchweg positive Rückmeldung erhalten.

## Termine

- 28.01.2012, 14 Uhr  
Kreismitgliederkonferenz  
mit Neuwahlen zum  
Kreisvorstand im Gasthaus  
„Zur Post“ in Wolfegg

## Abgeordnete



**Martin Gerster, MdB**  
Poststr. 7, 88400 Biberach  
Tel. 07351/3003000  
Fax 07351/3003001  
[martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)  
[www.martin-gerster.de](http://www.martin-gerster.de)



**Martin Rivoir, MdL**  
Söflinger Straße 145  
89077 Ulm  
Tel. 0731 / 3989700  
Fax 0731 / 3989701  
[martin.rivoir@spd.landtag-bw.de](mailto:martin.rivoir@spd.landtag-bw.de)  
[www.martin-rivoir.de](http://www.martin-rivoir.de)

## Haushalt 2012: Keine Nettoneuverschuldung

Gute Nachrichten aus dem Rathaus: Ravensburg kommt erstmals seit einigen Jahren wieder ohne Nettoneuverschuldung aus. Dies ergab die Haushaltsberatung für 2012 am 12.12. im großen Sitzungssaal.

Verantwortlich hierfür sind viele Umstände. Es sei nur auf die Anstrengungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung seit 2010, an der sich die Fraktionen -allerdings mit unterschiedlichem Ehrgeiz- beteiligt haben. Die SPD-Fraktion handelt schon immer nach dem Motto „Sozial ist, was unseren Kindern keine Schulden hinterlässt“. Dazu kam die erfreuliche Konjunkturerholung mit einer Arbeitslosenquote von gerade noch einmal 2,4%. Vor allem aber hat die grün-rote Landesregierung zum Haushaltsausgleich beigetragen, indem sie nämlich glatte 2 Mio. Euro zusätzlichen Zuschuss für den Betrieb von Kindertagesstätten für das kommende Jahr zusagte. Ihren Anteil an den Betriebskosten will sie bis 2014 sogar auf 68% steigern. Finanziert wird dies aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Das nennt man soziale und zukunftsfähige Finanzpolitik!

Getreu dem von OB Dr. Rapp vorgegebenen Motto „Jeder Euro Mehrausgabe muss kreditfinanziert werden“, hat die SPD-Fraktion nur einen einzigen Haushaltsantrag gestellt: 500.000.- Euro sollen eingesetzt werden, um die Ravensburger Schulen mit funktionierenden Lautsprechersystemen auszurüsten, die sie in die Lage versetzen, im Notfall zweifelsfreie Amok-Alarme

auslösen zu können. Selbstverständlich hat die Fraktion hierzu konkrete Deckungsvorschläge unterbreitet, sodass eine Finanzierung ohne zusätzliche Haushaltsbelastung möglich wäre. Der OB hat zugesagt, die Problematik spätestens im März im zuständigen Ausschuss beraten zu lassen und die Finanzierung entweder über Umschichtungen im Vermögenshaushalt oder über einen Nachtragshaushalt als gesichert bezeichnet.

Die Ansicht der Fraktion, dass die Verwaltungshaushalte der Zukunft aufgrund ihrer strukturellen Defizite dringend neu gestaltet werden müssen, wurde von nahezu allen anderen Haushaltsrednern geteilt. Der Anteil der Einnahmen, der über Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten sowie über Zuweisungen jährlich aus dem Haushalt fließt, ist schlichtweg zu hoch. Und die Einnahmen, die die Stadt aus ihren Angeboten und Leistungen erzielt, sind auf Dauer zu niedrig. Hier liegt der Handlungsbedarf für die kommenden Jahre.

Zunächst einmal dürfen die Ravensburger Bürgerinnen und Bürger aber dem Jahr 2012 zuversichtlich entgegen sehen. Es wird keine Steuer- oder Gebührenerhöhungen und auch keine Leistungseinschränkungen geben.

*Frank Walser*

## „Querdenker in der Bildungspolitik erwünscht“

Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer war im Kreis Ravensburg in verschiedenen Schulen unterwegs und besuchte abends das Bildungsforum der SPD in Ravensburg.

Mehr als 300 sehr interessierte Zuhörer kamen aus Ravensburg und benachbarten Kreisen in die Oberschwabenhalle um mehr über die Wege in der Bildungspolitik zu erfahren.

Was sie erlebten war eine äußerst engagierte Kultusministerin, die klare Worte für den neuen Politikstil und die Dialogbereitschaft im Kultusministerium fand.

In ihrer frei gesprochenen Rede lobte sie vor allem die vielfältigen Initiativen der Schulleiter, Lehrkräfte und Erziehungsfachkräfte in den zahlreichen Bildungseinrichtungen im Lande. Sie habe in den letzten Wochen bei so vielen Besuchen und Gesprächen in den verschiedensten Bildungseinrichtungen erleben dürfen, dass mit viel Knowhow engagiert und fortschrittlich gearbeitet wird und dadurch bereits eine vielseitige Bildungslandschaft im Ländle entstanden sei.

Folglich sei für sie der nächste konsequente Schritt, dass dies nicht weiter behindert / verhindert werde. „Dieses Land ist gut“, so Warminski-Leitheußer, „aber ich bin überzeugt und das muss ich auch sagen, wir können es noch besser.“

Querdenken sei ab jetzt erlaubt und ein zitiertes in das Kultusministerium, weil Mitarbeiter anderer Ansicht sind oder konstruktive Kritik zum Bildungssystem anbringen möchten sei unter ihre Führung ein für alle mal beendet.

Sie schätze fachlich kompetente, engagierte Mitarbeiter, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Fachkräfte im Bildungswesen schließlich trage dieser Umstand dazu bei, dass das System dadurch besser werde. Es gelte doch der Grundsatz, die Schule müsse sich den Kindern anpassen und nicht die Kinder der Schule. Deshalb ist der Erfolg jedes Einzelnen der Maßstab für das gesamte System.

Zum Maßstab allerdings machte sie nicht die Gemeinschaftsschule. So wolle ganz klar nicht die



Frank Walser

Stadtrat seit 1989  
SPD-Fraktionsvorsitzender

u.a. Mitglied im:  
Verwaltungsausschuss  
Werksausschuss  
Wirtschaftsbeirat



Christel Ulmer

Stellvertretende  
Ortsvereinsvorsitzende

Vorstand im KITA-Bündnis  
Baden-Württemberg

Mitglied im Redaktions-  
beirat „Welt des Kindes“

Schullandschaft auf den Kopf stellen, sondern dafür sorgen dass Ruhe einkehre. Jede Stadt, Kommune und Region solle die Möglichkeit haben das richtige Konzept für die Bedürfnisse ihrer Familien und Kindern zu entwickeln. Denn wäre kenne die Menschen vor Ort besser, als die kommunalen Vertreter und Vertreterinnen und die dort beschäftigten Erziehungs- und Lehrkräfte. Schule zukunftsfähig gestalten kann auch bedeuteten, das bereits bestehende Schulformen sich einfach weiterentwickeln. Dabei sei allerdings wichtiges Voraussetzung, dass vor allem das Kultusministerium und sie als Dienstherrin dafür Sorge, dass zukünftig die Lehrpläne der einzelnen Schularten so gestaltet und abgestimmt werden, dass diese auch zueinander passen. Damit es möglich sei problemlos in andere Schulen /Schularten zu wechseln.

Lebenslanges Lernen stand dabei für sie im Vordergrund und die Möglichkeit jedem wirklich jedem Schüler die Möglichkeit zu gewährleisten mit seinen individuellen Entwicklungsschritten und Möglichkeiten einen Schulabschluss zu erreichen.

Individuelle Förderung, eine steigenden Anzahl von Ganztagesangeboten und die Inklusion sind deshalb wichtige grundlegende Säulen in der neuen Bildungspolitik von Baden-Württemberg. Für das Inklusionsthema muss endlich auch die gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Dafür will sie sich allerdings mit ihrem Team Zeit nehmen und mit all den Bildungsexperten, Einrichtungen und Fachkräfte ins Gespräch kommen um für alle ein gutes zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten. „Keine Einrichtung oder Schule wird gezwungen“, sagte die Kultusministerin mit klaren Worten, „aber sich auf einander zu bewegen müssen alle.“

Im weiteren Verlauf standen die Fragen der anwesenden Zuhörer im Vordergrund. Trotz, eines hinter ihr liegenden, umfangreichen und anstrengendem Tagesprogramms nahm sie sich 1 ½ Stunden Zeit um sich gemeinsam mit Norbert Zeller den aufkommenden Fragen zu stellen und beide beantwortet diese engagiert und ehrlich. Zahlen und Fakten wurden genannt, Wege aufgezeigt und erörtert, viele inhaltliche Fragen zu unterschiedlichsten Themenbereichen bearbeitet. Zusätzliche konkrete Daten und Ausgaben für einzelne Ressource und Vorhaben des neuen Haushaltes durfte sie nicht benennen, um der aktuellen Haushaltsdebatte und der endgültigen Haushaltsverabschiedung für 2012 nicht vorzugreifen.

Aber sie machte auch keinen Hehl daraus, dass in den kommenden Jahren viel Geld in die Hand genommen werden muss, um die Bildungspolitik in diesem Land voranzubringen. Allen jedoch müsse klar sein, dass der Investitionsstau den die letzte Landesregierung hinterlassen habe, noch



viele ungeklärte Probleme mit sich bringe. Geduld, manchmal auch Verzicht und gezielte Investitionen, dem Gießkannenprinzip vorzuziehen sind.

Insgesamt ein gelungener Auftaktabend, der allen Gästen zeigte, dass Bildung in diesem Land ein notwendiges und wichtiges Thema ist, dass alle in der Gesellschaft angeht. Das jeder € der hier sinnvoll, umsichtig und nachhaltig investiert wird, langfristig eine Rendite bringt und vor allem zukünftige Generationen daraus ihren Nutzen ziehen werden.

(CU)

## Pakt für Familien mit Kindern

- Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen werden im Jahr 2012 um 315 Mio. EUR auf 444 Mio. EUR erhöht. Für das 2013 ist eine Erhöhung um 325 Mio. EUR auf 477 Mio. EUR geplant.
- Ab dem Jahr 2014 wird sich das Land mit 68 Prozent an den Betriebskosten der Kleinkindbetreuung beteiligen. Ferner stellt das Land ab dem Kindergartenjahr 2012/13 zusätzliche Mittel für Sprachfördermaßnahmen im Bereich der dreibis sechsjährigen Kinder zur Verfügung. Diese Mittel im Haushalt 2012 belaufen sich auf 11 Mio. EUR.
- Das Land beteiligt sich ab dem Jahr 2012 außerdem zu einem Drittel an den Kosten der Schulsozialarbeit mit einem Betrag von bis zu 15 Millionen EUR jährlich.

**„Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.“**  
Nelson Mandela

**Herzlichen Glückwunsch!**



Erhard Eppler, ein großer Sozialdemokrat und wichtiger Vordenker der Gesellschafts-, Umwelt- und Friedenspolitik feierte am 9. Dezember seinen 85. Geburtstag.

## Politische Bildungsfahrt mit MdB Gerster

### Weingartener Jugendgemeinderäte schauen hinter Kanzleramtskulisse

50 Bürger haben jetzt mit dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster wieder ungewöhnliche Einblicke in den politischen Betrieb der Bundeshauptstadt Berlin gewinnen können. Mit dabei waren unter anderem aus dem Kreis Ravensburg einige Weingartener Jugendgemeinderäte. Vier Tage dauerte die vom Bundespresseamt organisierte Fahrt und bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Gersters Wahlkreis und seinen drei Betreuungswahlkreisen zahlreiche Möglichkeiten der politischen Information und Diskussion.

Engagiert wahrgenommen wurde das unter anderem beim Besuch des Kanzleramts, des Bundesgesundheitsministeriums, den Begegnungen in der Landesvertretung Baden-Württemberg und in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen von 1945, dem Schloss Cecilienhof. Besonders beeindruckt waren die Teilnehmer vom ehemaligen Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatssicherheit. Als Museum betreibt es jetzt eine Initiative von Bürgern, die teilweise selbst Opfer waren, die Folgen der Stasigewalt aufarbeiten oder sich in der Opfertherapie engagieren. Beim Treffen mit Martin Gerster erläuterte dieser den Gästen aus der Heimat seine Arbeit in Parlament, Finanz- und Sportausschuss, etwa als sportpolitischer Fraktions-sprecher und Berichterstatte für Geldpolitik, Wirtschaftskriminalität und Jahreswirtschaftsbericht, und führte die



Teilnehmer noch durchs Reichstagsgebäude. Eine dreistündige, an politischen Punkten orientierte Stadtrundfahrt rundete das Programm ab.

Interessierte können sich in Martin Gersters Bürgerbüro unter Telefon 07351/3003000 oder EMail [martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de) bewerben.

## „Dialog gewollt“

Dr. Frank Mentrup, MdL und Staatssekretär im Kultusministerium des Landes zuständig seit dem Regierungswechsel für den frühkindlichen Bildungsbereich, will in den kommenden Jahren möglichst mit allen Beteiligten einen regen Dialog und eine gut Zusammenarbeit pflegen.

Eine große Herausforderung, denn die Erwartungen von rund 54 500 Fachkräfte, die derzeit in 8244 verschiedensten Kindertageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 0-14 Jahren arbeiten, sowie der Landesverbände, Träger und Eltern ist groß. Die seit dreißig Jahren andauernde Debatte um qualitative Verbesserungen der Rahmenbedingungen hat letztlich bei allen Beteiligten für viel Frust gesorgt. Trotzdem haben die Fachkräfte in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet.

Aktuell steht die Einführung des Rechtsanspruches ab dem 1.Lebensjahr für August 2013 an und es wird zurecht befürchtet, dass dies wieder einmal Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen im Kitabereich haben wird und sich längst notwendige Qualitätsverbesserungen nicht finanzieren lassen.

Bereits 1996 beim Ausbau und der Einführung des **Rechtsanspruches** auf einen **Kindergartenplatz** ab dem 3. Lebensjahr hatte die alte Regierung dies billigend in Kauf genommen. Seither sind eine Reihe weiterer Aufgaben hinzugekommen. Dies führte zu einem Investitionsstau, der letztlich zur Aussetzung des Orientierungsplanes nach der Implementierungs-



phase führte. Einheitlich Standards und klare Qualitätsverbesserungen fehlen vor allem beim Fachkraft-Kind-Schlüssel, bei den Vor- und Nachbereitungszeiten der Fachkräfte, sowie im Bereich Freistellung von Führungskräften.

Was verspricht die neue Regierung im Koalitionsvertrag und welche Auswirkungen wird diese in den kommen Jahren tatsächlich haben?

**Bessere Bildung für alle – Chancen nutzen, Potenzial entfalten**

- ☞ **Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern**
- ☞ **Auf den Anfang kommt es an**
- ☞ **Rechtsanspruch ab August 2013 auf Betreuung für die Kleinsten**
- ☞ **Orientierungsplan verbindlich einführen und Qualität verbessern**
- ☞ **Konsequente Sprachförderung**
- ☞ **Inklusion umsetzen**

Dieser Koalitionsvertrag müsste alle positiv stimmen, geradezu auffordern den Schulerschluss mit den zuständigen Ministerien zu suchen, doch alle Beteiligten kennen seit langem die umfangreichen Probleme im frühkindlichen Bildungsbereich. Es wird kein leichtes Unterfangen sein, diese „großflächige Baustelle“ zu räumen - Ordnung und Kontinuität zu gewährleisten.

Die finanzielle Lage der Kommunen ist trotz der zu erwartenden Steuermehreinnahmen sehr angespannt. Hinzu kommt, dass Baden Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern gerade mal die Hälfte der notwendigen Krippenplätze ausgebaut hat und es kaum schaffen wird bis 2013 den wachsenden Bedarf an Plätzen bereit zu stellen. Die Kommunen befürchten das betroffene Eltern dann klagen werden. Dazu kommt der akute Fachkräftemangel der bereits jetzt einigen Kommunen und Regionen große Probleme bereitet. Vor allem die pädagogischen Fachkräften und Kommunen erwarten jetzt klare Signale seitens der Politik wie dies bewältigt werden kann. Wir können es uns einfach nicht leisten Familien, Verbände, Kommunen und Fachkräfte mit einem weiteren Experiment zu verunsichern. Der frühkindliche Bildungsbereich braucht endlich ein solides Fundament und nachhaltiges Konzept.

Grundlage für die angestrebte Verbesserung ist der kürzlich erstmals in einer Landesregierung beschlossenen „**Pakt für junge Familien**“, der so Mentrup mit 355 Mill. im Haushalt zweckgebunden zur Verfügung gestellt wird, wovon 25 Mio. in die Eigentumsförderung zum Erwerb von Wohneigentum für junge Familien fließt. Die restlichen finanziellen Mittel aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer werden in vier wesentliche Säulen fließen.

1. In den Ausbau und die Betriebskosten im U3 Bereich
2. Zur verbindlichen Einführung des Orientierungsplanes, mit vorrangigem Ziel, die Verfügungszeiten und Leitungsfreistellung neu zu regeln.
3. Den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit in der Ganztagesbetreuung und
4. In die Betreuung während des Mittagessens an Ganztageschulen.

## Weniger pragmatisch zu mehr Profil

Die Debatte um die Umbenennung der Hindenburgstraße hat in diesem Herbst die Ravensburger Öffentlichkeit bewegt. Während die Gemeinderatsfraktion das Vorhaben letztendlich ablehnte, hatten die Jusos sich bereits zu Beginn der Debatte unterstützend geäußert.

Die Begründung des einstimmigen Ratsbeschlusses, wonach die Straßenbezeichnungen „in besonderem Maße Ausdruck der historischen Entwicklung der Stadt und des jeweiligen Zeitgeistes“ seien, kam als letzte in der Debatte auf und war zugleich die erste ernsthafte These. Die kruden, kriegsverherrlichenden und ahistorischen Thesen der CDU-Fraktion bedürfen keines weiteren Kommentars – sie waren schlicht

peinlich.

Aber auch die Begründung, die Bürger seien das Thema nun leid und forderten eine zügige Entscheidung, wirft grundsätzliche Fragen auf: Ist es richtig sich pragmatisch einer unüberwindbaren Mehrheit anzuschließen? Oder ist es nicht sinnvoller mit einer Ablehnung auf die historische Korrektheit des Ansinnens der Umbenennung hinzuweisen?

Straßennamen sind stets mehr als Erwähnungen, es sind positive Hervorhebungen und oft Ehrungen. Und deshalb hinkt selbst die nun beschlossene Begründung.

Es hätte uns Sozialdemokraten gut gestanden, gemeinsam im Bewusstsein der historischen Konsequenzen des Handelns Hindenburgs für unsere Partei, für eine Umbenennung zu kämpfen.

Die Sprachförderung wird aus der Haushaltsstelle „Schulreifes Kind“ gewährt und sollte, nach Mentrups Meinung, zu einer Aufstockung des dafür eigens geschulten Personales führen. Auf diese Weise wird diese zukünftig in den pädagogischen Alltag der Kinder integriert werden.

Ein weiterer Schritt ist Ende November erfolgt. Die Vertreter der kommunalen Landesverbände haben sich auf die Grundzüge der politischen Vereinbarung zum „Pakt für Familien mit Kindern“ in Anwesenheit von Dr. Nils Schmid und dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann geeinigt und die Vereinbarung zur Verbesserung der Kinderbetreuung unterzeichnet. Das Land wird künftig die Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung in wesentlich größerem Umfang fördern.

Im Kitabereich laufen derzeit Gespräche mit den verschiedenen Vertretern. Man darf gespannt sein, welche Vereinbarungen dort getroffen werden und ob diese erstmals den gordischen Knoten lösen werden. Das **Kita-Bündnis Baden-Württemberg** jedenfalls will diesen neuen Politikstil mit dem Ministerium pflegen. Sie forderten schon die alte Regierung dazu auf, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, einen Stufenplan einzuführen und ihnen ein gleichberechtigtes Informations- und Stimmrecht zu gewähren. „Schließlich verfügen Fachkräfte über ein so spezifisches Fach- und Insiderwissen, dass dieses maßgeblich zum Erfolg beitragen wird. Vor allem aber würde die Qualität und Quantität kontinuierlich zunehmen, finanzielle Mittel könnten effektiver / effizienter gewährt und genutzt werden, letztlich nachhaltig und Ziel führend zum Einsatz kommen“, meinen deren Vertreterinnen.

Der Kernsatz von Doro Moritz, Landesvorsitzende der GEW „Gute Bildung ist teuer-schlechte Bildung ist aber noch teurer, so dass wir uns diese eigentlich gar nicht leisten können“ trifft den Nagel auf den Kopf und spiegelt wieder, worin sich Experten in der freien Wirtschaft längst einig sind. Das uns die weitreichende Folgekosten im Bildungs- und Sozialwesen in den kommenden Jahren erdrücken werden, wenn wir nicht früh genug in die Qualität der frühkindlichen Bildungseinrichtungen investieren.

(CU)



Hannes Munzinger

Im Jusos Kreisvorstand  
zuständig für Presse und  
Öffentlichkeit